



Presseschau vom 04.04.2017:

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.*) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir, Ukrinform, UNIAN, Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Abends / nachts:

De.sputniknews.com: Snowden an Medien: Bitte keine Berichte über Anstifter von Anschlag in St. Petersburg

Der ehemalige CIA-Mitarbeiter Edward Snowden hat die Massenmedien aufgerufen, über die Opfer des jüngsten Terroranschlags in St. Petersburg und nicht über mutmaßliche Drahtzieher zu berichten. Das solle die Terroristen daran hindern, ihre politischen Ziele zu erreichen, so der NSA-Enthüller.

„Die Terroristen nehmen Menschen ihr Leben, um die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Ohne diese Aufmerksamkeit werden ihre strategischen Ziele sinnlos“, schrieb Snowden auf Twitter.

Am Montag haben zwei Explosionen die St. Petersburger U-Bahn erschüttert. Nach jüngsten Angaben kamen dabei zehn Menschen ums Leben, 37 Menschen wurden verletzt. Eine weitere Explosion konnte verhindert werden.

Präsident Wladimir Putin hat den Angehörigen der Opfer und Verletzten sein Beileid ausgesprochen.

De.sputniknews.com: Nach Anschlag in St. Petersburg: Putin legt Blumen an U-Bahn-Station nieder

Nach einem blutigen Bombenanschlag in St. Petersburg hat Russlands Präsident Wladimir Putin Blumen an der U-Bahn-Station „Technologitscheskij Institut“ niedergelegt. Das

berichtete ein RIA-Novosti-Korrespondent am Montagabend vor Ort. Zuvor hatte der Präsident in der St. Petersburg Abteilung des Inlandsgeheimdienstes FSB eine Beratung durchgeführt. Details des Treffens wurden nicht bekannt gegeben. Am Montagnachmittag war im Tunnel zwischen den U-Bahn-Stationen „Sennaja Ploschtschad“ und „Technologitscheskij Institut“ eine Bombe explodiert. Elf Menschen starben, 45 wurden verletzt. Noch eine Sprengladung konnte in der Station „Ploschtschad Wosstanija“ entschärft werden. Die Ermittlungsbehörde, die vor allem von einem Terroranschlag ausgeht, leitete ein Verfahren ein. Geprüft werden auch andere Versionen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31516/33/315163370.jpg>

Vormittags:

Lug-info.com: Ein **Soldat der Volksmiliz** wurde im Verlauf eines Beschusses von **Perwomajsk** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte **verletzt**. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit.

Neben Perwomajsk wurde im Verlauf der letzten 24 Stunden von den Kiewer Truppen auch das Gebiet von **Kalinowka** beschossen. Zum Beschuss wurden 82mm-Mörser, Abwehrgeschützen 3U-23-2, Granatwerfer und Schusswaffen verwendet.

De.sputniknews.com: Trump bietet Putin Hilfe an

Der US-Präsident Donald Trump hat am Montag seinen russischen Amtskollegen Wladimir Putin angerufen, um den Familien der Opfer der jüngsten Tragödie in der Sankt Petersburger U-Bahn zu kondolieren und Fragen zum Anti-Terror-Kampf zu erörtern, wie der Pressedienst des Weißen Hauses meldet.

„US-Präsident Donald Trump hat mit dem russischen Staatschef Wladimir Putin gesprochen, um die heutige Attacke in Sankt Petersburg zu besprechen. Präsident Trump hat den Angehörigen der Opfer und dem russischen Volk sein tiefes Beileid ausgesprochen“, heißt es in der offiziellen Mitteilung.

Präsident Trump habe dabei die komplette Unterstützung der US-Regierung angeboten. Die beiden Staatschefs hätten sich darauf verständigt, dass der Terrorismus gemeinsam bekämpft werden müsse.

Es war bereits das zweite Telefonat zwischen Wladimir Putin und Donald Trump seit dem Amtsantritt des US-Präsidenten am 20. Januar.

Am Montagnachmittag war im Tunnel zwischen den U-Bahn-Stationen „Sennaja Ploschtschad“ und „Technologitscheskij Institut“ eine Bombe explodiert. Elf Menschen starben, 51 wurden verletzt. Eine weitere Sprengladung konnte in der Station „Ploschtschad

Wosstanija“ entschärft werden. Die Ermittlungsbehörde, die vor allem von einem Terroranschlag ausgeht, hat ein Verfahren eingeleitet. Es würden auch andere Versionen geprüft, hieß es.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31430/99/314309934.jpg>

Lug-info.com: „Im Verlauf eines Komplexes von operativen Ermittlungsmaßnahmen, die auf die Aufdeckung und Unterbindung ungesetzlichen Umlaufs von Waffen, Munition, Sprengstoff sowie auf die Unterbindung terroristischer Aktivitäten von Diversionsgruppen gerichtet sind, wurde in Debalzewo in der DVR von Mitarbeitern des Staatssicherheitsministeriums der LVR ein Versteck mit Sprengstoffen und Munition entdeckt“, teilte das Staatssicherheitsministerium der LVR mit.

„Im Gebäude eines ehemaligen Kulturhauses wurden gefunden und konfisziert: eine selbstgemachte Sprengeinrichtung aus 400g Plastiksprengstoff und 500g TNT, sechs Granaten verschiedener Reichweite, vier Zünder für Handgranaten, vier Geschosse für Granatwerfer, ein Minenzünder, mehr als 1000 Patronen“, erläuterte das MfS. Dieses „Lager“ war für die Nutzung durch ukrainische Diversions- und Erkundungsgruppen, die auf den Territorien der Volksrepubliken aktiv sind, vorgesehen.

De.sputniknews.com: Nach der Explosion in der U-Bahn von Sankt Petersburg ist die Zahl der Todesopfer auf 14 gestiegen. Das teilte die russische Gesundheitsministerin Weronika Skworzowa am Dienstag mit. In Krankenhäusern befanden sich zudem 49 Verletzte.

Dan-news.info: Zusammenfassung mehrerer Meldungen über ukrainischen Beschüsse und deren Folgen

„In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **51 Mal** das Regime der Feueereinstellung verletzt“, teilte das operative Kommando der DVR mit.

Nach Angaben des Kommandos wurden **22 Ortschaften der Republik** mit Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Abwehrgeschützen, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen. Es wurden in der DVR mindestens sechs Häuser durch die Beschüsse der ukrainischen Streitkräfte beschädigt.

„Gestern um 16:15 Uhr **starb** in **Kominternowo** ein friedlicher **Einwohner**, geb. 1974, bei einem Mörserbeschuss“, teilte der Leiter der Verwaltung des Nowoasowskij-Bezirks Anatolij Janowskij mit.

Außerdem wurde aus dem Telmanowo-Bezirk mitgeteilt, dass im Dorf **Nowaja Laspa** Traktoristen unter Feuer von Seiten der ukrainischen Streitkräfte gerieten. Opfer gibt es keine.

„Gestern gegen 20:00 Uhr wurden Dokutschajewsk und seine Umgebung beschossen. In

Jasnoje ist in der Bogdan-Chmelniczkijs-Straße eine Scheune in Brand geraten, der Brand wurde gelöscht. In der Schtschorse-Straße wurde eine Gasleitung beschädigt, in der Walow-Straße 17 die Verglasung. In **Dokutschajewsk** selbst wurde ein Haus in der Tschajkowskij-Straße beschädigt“, sagte der Bürgermeister von Dokutschajewsk Alexandr Katschanow.

De.sputniknews.com: Per Gesetz: Putin verbietet Zahlungen in die Ukraine über Fremdsysteme

Der russische Präsident Wladimir Putin hat per Gesetz Geldüberweisungen aus Russland in die Ukraine verboten, sofern diese über ein ausländisches Zahlungssystem erfolgen. Dies berichten russische Medien am Dienstag.

Das neue Gesetz wirkt dann, wenn ein Staat Zahlungssysteme verbietet, deren Betreiber bei der russischen Zentralbank registriert sind. In solchen Fällen können Geldüberweisungen in diesen Staat nur über ein Bezahlungssystem abgewickelt werden, das von einer in Russland ansässigen Firma kontrolliert wird.

Die russische Zentralbank soll auf ihrer Homepage über etwaige Verbote russischer Zahlungssysteme durch das Ausland informieren. Die restriktiven Maßnahmen, die im Gesetz vorgesehen sind, werden angewendet, sobald die russische Zentralbank die entsprechende Information veröffentlicht hat.

Die Duma (russisches Unterhaus) hatte am 22. März die entsprechenden Änderungen zum „Gesetz über das nationale Zahlungssystem“ verabschiedet. Damit will der russische Gesetzgeber den negativen Folgen ukrainischer Sanktionen entgegenwirken. Kiew hatte es am 17. Oktober 2016 verboten, russische Bezahlungssysteme auf ukrainischem Boden zu betreiben.

Dnr-online.ru: Erklärung des Oberhauptes der DVR zu den Anschlägen in Petersburg:

In der DVR wurde die Nachricht über den tragischen Tod friedlicher Einwohner in Folge von Detonationen in der Petersburger U-Bahn mit großer Trauer aufgenommen.

Im Namen des Volkes der DVR und in meinem eigenen Namen spreche ich den Familien und Freunden der Toten sowie dem gesamten russischen Volk mein aufrichtiges Mitgefühl aus. Ich wünsche den Verletzten eine möglichst schnell Gesundung. Die Menschen des Donbass kennen den Schmerz und die Trauer eines Verlustes gut, in diesen schweren Stunden sind unsere Gedanken mit Ihnen.

Ich will auch das Gefühl der Solidarität und der Unterstützung gegenüber der Führung der RF zum Ausdruck bringen.

Russland befindet sich heute an der vordersten Front des Kampfes gegen den weltweiten Terrorismus. Die Auftraggeber und Ausführenden des schrecklichen Terrorakts in der U-Bahn von Sankt-Petersburg hatten das Ziel, den Russen Schmerz zu verursachen, in ihren Herzen Angst und Unsicherheit gegenüber dem morgigen Tag zu säen. Aber sie haben sich verrechnet, angesichts der Prüfungen wird das russische Volk stärker und kräftiger. Ich glaube daran, dass die Schuldigen an diesem unmenschlichen Verbrechen gefunden werden und nicht unbestraft bleiben.

Das Oberhaupt der Donezker Volksrepublik, Alexandr Sachartschenko

De.sputniknews.com: „Es gibt Resultate“: Putin kommentiert Treffen mit Lukaschenko
Russlands Präsident Wladimir Putin und sein weißrussischer Amtskollege Alexander Lukaschenko haben sich bei mehrstündigen Verhandlungen am Montag in St. Petersburg auf eine Lösung der strittigen Fragen zu den Öl- und Gaslieferungen geeinigt. Dies berichtet der TV-Sender „Rossiya 24“.

Weißrussland hat sich demnach verpflichtet, die Schulden für das russische Gas zu begleichen. Im Gegenzug soll Gazprom Minsk einen Rabatt für die Jahre 2018 und 2019 gewähren. Wie groß dieser Preisnachlass sein soll, ist vorerst nicht bekannt. Laut dem russischen Vize-Premier Arkadij Dworkowitsch soll der russische Gaskonzern die Größe des Rabatts in nächster Zeit mit seinem weißrussischen Kollegen erörtern.

Laut Putin wurden bei den Verhandlungen Möglichkeiten für gegenseitige Zugeständnisse erläutert. Bei dem Treffen sei die Bereitschaft bekräftigt worden, notwendige Normen zur Schaffung eines einheitlichen Energiemarktes im Jahr 2019 auszuarbeiten.

„Wir haben unsere Bereitschaft bekräftigt, alles dafür zu tun, um bis zum 1. Januar 2018 gemeinsame Regeln für einen einheitlichen Gasmarkt zu erarbeiten, und bis zum Jahr 2024 ein Regierungsabkommen im Rahmen der Eurasischen Wirtschaftsunion für einen einheitlichen Gasmarkt zu entwickeln und zu unterschreiben“, zitiert der Sender Putin. Lukaschenko soll sich seinerseits bei Putin für die getroffenen Entscheidungen sowie dafür, dass der russische Präsident einer Umschuldung für 2017 zugestimmt habe, bedankt haben. „Es gibt Resultate“, bestätigte Putin. „Russland und Weißrussland haben nach heutigem Stand keine strittigen Fragen.“

Der Öl- und Gasstreit zwischen Russland und Weißrussland war laut Medienberichten Anfang 2016 ausgebrochen, als sich Minsk über ungerechte Preise für russisches Gas beschwerte und auf Eigeninitiative fortan einen niedrigeren Preis zahlte. Moskau hatte daraufhin seine zollfreien Öllieferungen nach Weißrussland reduziert, was mit der unzureichenden Bezahlung für die russischen Gaslieferungen sowie mit den unvollständigen Lieferungen von Erdölprodukten nach Russland motiviert worden war.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31516/71/315167135.jpg>

Ukrinform: Präsident Poroschenko besucht Lettland

Der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, reist am Montag zum Staatsbesuch nach Lettland.

In Riga trifft sich Poroschenko mit dem Staatschef Lettlands, Raimonds Vējonis, dem Regierungschef, Maris Kucinskis, und der Parlamentspräsidentin, Inara Murniece, meldet die Pressestelle des Staatsoberhauptes.

Petro Poroschenko wird auch eine Rehabilitationsklinik in Jurmala, wo ukrainische Soldaten behandelt werden, besuchen.

Nachmittags:

Dan-news.info: „Am 4. April hat sich ein Veteran des großen Vaterländischen Kriegs, der in den Jahren 1941-1945 an den Kämpfen beteiligt war und der im Artjomowskij-Bezirk des Donezker Oblast lebt, persönlich an das Zentrum (des humanitären Programms) im Gebiet des Kontroll- und Passierpunkts „Majorsk“ gewandt. Auf seinen Wunsch hin wurde die

einmalige Zahlung in Griwna ausgehändigt“, teilte das Arbeits- und Sozialministerium der DVR mit.

De.sputniknews.com: Auf einmal vergessene Partnerschaft: Berlin-Senat sieht keinen Bezug zu Petersburg

Der Berliner Senat fühlt mit den Menschen in Sankt Petersburg. Dies äußerte Pressesprecherin Claudia Sünder auf eine Anfrage von Sputnik. Dennoch sei man bei der Entscheidung über die Beleuchtung des Brandenburger Tors davon ausgegangen, ob es einen besonderen Bezug zu der Stadt gebe – und den gibt es offenbar nicht, trotz Bezirkspartnerschaft.

„Zunächst dürfen Sie sicher sein, dass die Anteilnahme und Betroffenheit angesichts terroristischer Anschläge ganz unabhängig von einer existierenden Partnerschaft ist. Wir fühlen mit den Menschen in St. Petersburg. Das Äußern von Trauer und Solidarität in einem solchen Fall ist unabhängig von politischen Beziehungen“, so Sünder in einer schriftlichen Stellungnahme.

Zur Illuminierung des Brandenburger Tores gebe es jedoch die Entscheidungsgrundlage, eine solche Maßnahme durchzuführen, wenn es sich um eine Partnerstadt oder einen Ort mit besonderem Bezug handle.

„Letzteres trifft für Israel und Orlando zu. Im Fall Nizza befanden sich Schülerinnen und Schüler einer Berliner Schulklasse unter den Opfern und aus diesem Grund wurde die Entscheidung zur Beleuchtung des Brandenburger Tores getroffen“, so die Senatssprecherin. Die Entscheidung im Fall von Sankt Petersburg sei nicht die erste dieser Art, betonte sie.

„Wenn Sie sich an den Anschlag in Kanada erinnern, Quebec... Auch hier wurde nicht illuminiert, denn die Partnerstadt ist Montreal... In der Wahrnehmung der Menschen, so deute ich das Medieninteresse, ist St. Petersburg näher als Quebec – der Sachverhalt jedoch in Bezug auf das Brandenburger Tor identisch.“

„Inzwischen sind terroristische Anschläge häufiger geworden, überall auf der Welt. Wir müssen uns damit auseinandersetzen. Entscheidend sollte – wenn ich mir etwas wünschen dürfte – nicht die Beleuchtung des Brandenburger Tores als einzig maßstäbliche Geste sein“, fügte sie hinzu.

Was Partnerschaften mit Städten und Gemeinden betrifft, so lohnt sich ein Blick auf das Berliner Stadtportal Berlin.de. Auf einer Seite des Bezirks Mitte, wo sich wie bekanntlich auch das Brandenburger Tor befindet, heißt es, dass der St. Petersburger Bezirk Petrogradskij zu den Partnern des Bezirks Berlin Mitte zähle.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31516/78/315167841.jpg>

De.sputniknews.com: Vor dem Hintergrund des Skandals um die Beleuchtung des Brandenburger Tors in den russischen Nationalfarben hat der Berliner Vize-Bürgermeister

und Kultursenator Klaus Lederer (Linke) vorgeschlagen, dass die Bundeshauptstadt künftig generell auf die Illuminierung als Zeichen der Solidarität mit den Opfern von Terroranschlägen verzichten soll.

Wie Lederer am Dienstag via Twitter schrieb, gibt es wegen des Terrors viele Tote weltweit. Berlin solle aber jede Opferhierarchie vermeiden und auf Beleuchtungen in den jeweiligen Nationalfarben verzichten. Dabei betonte er, dass die Entscheidung, das Brandenburger Tor nicht in den russischen Nationalfarben anzustrahlen, nicht er persönlich, sondern die Senatskanzlei getroffen habe.

„Im Übrigen hätten diese „Einsicht“ viele schon lange haben können. Ich habe das nicht entschieden und entscheide das nicht“, hieß es weiter.

Die Entscheidung des Berliner Senats, das Brandenburger Tor nicht in den russischen Nationalfarben anzustrahlen, hat in den sozialen Netzwerken für scharfe Kritik gesorgt. ... Nach der Attacke in der U-Bahn von St. Petersburg sollte das Brandenburger Tor am Montagabend nicht in den russischen Nationalfarben angestrahlt werden. Das sagte ein Senatssprecher. St. Petersburg sei keine Partnerstadt von Berlin, hieß es zur Begründung. Davon solle nur in Ausnahmefällen abgewichen werden.

De.sputniknews.com: „Partnerschaftsgeschwafel“: Deutsche Polizei kritisiert Berliner Senat
Die Deutsche Polizeigewerkschaft hat am Dienstag eine Entschuldigung seitens der Verantwortlichen dafür gefordert, dass das Brandenburger Tor am Montag nicht in den Nationalfarben Russlands angestrahlt wurde. Dies sei „ein großer politischer Fehler“ gewesen, hieß es.

Der Berliner Senat hatte sich gestern nicht entscheiden können, zum Zeichen der Solidarität mit den Opfern in Russland das Brandenburger Tor in den Landesfarben anzustrahlen. Viele kritisierten die Unterlassung und nahmen mit Photoshop die Arbeit im Netz selbst in die Hand, darunter die Deutsche Polizeigewerkschaft Berlin:

In einem Exklusivinterview mit Sputnik äußerte sich Bodo Pfalzgraf, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft Berlin zu diesem Ereignis.

„Wir halten das für einen großen politischen Fehler, weil Terror keine Politik kennt, Terroropfer keine Politik kennen und weil Sankt Petersburg wohl ohne Zweifel eine europäische Stadt ist“, sagte Pfalzgraf.

Auf die offizielle Begründung, Sankt Petersburg sei keine Partnerstadt Berlins gewesen, antwortete der Landesvorsitzende: „Die Opfer von Terror und Gewalt haben mit diesem Partnerschaftsgeschwafel überhaupt nichts zu tun. Das ist eine grundsätzliche humanistische Überzeugung – und da war der Senat offensichtlich falsch beraten.“

Ob es sich hier um einen bürokratischen Fehler oder ein politisches Statement handle, wollte er indes nicht entscheiden: „Die Hintergründe der Entscheidung sind mir jetzt im Einzelnen nicht bekannt – ob das ein Bürokratiefehler war oder politisch motiviert. In jedem Fall war es falsch und es müsste eine Entschuldigung geben.“



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31517/23/315172317.jpg>

De.sputniknews.com: Lettland will keine russischsprachigen Bürger haben

Lettland hat das Budget der lokalen Nachrichtendienste auf drei Millionen Euro erhöht. Der Großteil der Mittel ist dabei für den Kampf gegen die russische Minderheit bestimmt. Darüber berichten Menschenrechtler der baltischen Staaten.

So habe sich in den baltischen Ländern (Lettland, Litauen, Estland – Anm.d.Red.) unter dem Einfluss führender Länder des Westens die „antirussische Psychose“ verstärkt, betont Georgij Muradow, der Mitglied des Kuratoriums des internationalen Rates der russischen Landsleute.

Laut Muradow wollen die Regierungen der baltischen Länder, dass die russischsprachige Bevölkerung „sich assimiliert, ihre Identität und Verbindung zu Russland verliert“. Außerdem bestehe das Ziel auch darin, die russischsprachige Minderheit in Angst zu halten, damit sie die „natürliche“ Verbindung zu Verwandten, zur Kultur Russlands sowie die geistige Verbindung dazu aufgibt.

In den baltischen Ländern habe sich mittlerweile eine sogenannte „Genossenschaft der Nachrichtendienste“ gebildet, deren Budget sich von Jahr zu Jahr erhöhe, so der Menschenrechtler Sergej Seredenko.

Dabei wird eine derartige Diskriminierungspolitik nicht nur in Lettland, sondern auch in Estland betrieben, wo die Ausgaben für die Stärkung der inneren Sicherheit von 74 Millionen auf 98 Millionen Euro gestiegen sind.

Ferner beschreibt Seredenko einige Diskriminierungsmaßnahmen. So werden in den baltischen Ländern die „schwarzen Listen“ derjenigen Menschen erweitert, denen die Einreise verboten sei. Auch „Stichprobenkontrollen an den Grenzen“, welche mehrere Stunden dauern können, seien ein Thema. Somit komme es zu massiven und systematischen Menschenrechtsverletzungen, dabei schaue der Westen weg, sagte Seredenko im Gespräch mit der russischen Zeitung „Izvestija“.

Auch die russischen Aktivisten bekommen die Folgen des Kampfes gegen die russischen Minderheiten zu spüren. So leiten lokale Behörden sogar Strafverfahren gegen sie ein.

Zudem bilden die baltischen Länder Agenten aus, welche in russische Organisationen eingeschleust werden, um diese dann durch Provokationen von innen zu zerstören.

Seit dem Zerfall der Sowjetunion leben tausende russischsprachige Bürger in den baltischen Ländern. Vor allem in Estland und Lettland ist deren Anteil an der Gesamtbevölkerung mit etwa 30 Prozent besonderes groß.

De.sputniknews.com: Die Medienberichte über ein angebliches Geheimtreffen eines Vertrauten des russischen Präsidenten Wladimir Putin mit dem Gründer des privaten US-Militärunternehmens Blackwater, Erik Prince, auf den Seychellen hat Kremlsprecher Dmitri Peskow als „totalen Schwachsinn“ bezeichnet.

„Das ist totaler Schwachsinn“, sagte Peskow am Dienstag gegenüber Journalisten.

Am vergangenen Montag hatte die US-Zeitung „Washington Post“ unter Berufung auf anonyme amerikanische, europäische und arabische Vertreter von einem geheimen Treffen zwischen Prince und einem Putin-Vertrauten auf den Seychellen berichtet. Das Treffen soll am 11. Januar 2017, neun Tage vor der Amtseinführung Trumps, unter Vermittlung der Vereinigten Arabischen Emirate stattgefunden haben, um einen Kommunikationskanal zwischen Moskau und Trump herzustellen.

Die genaue Agenda des Treffens sei nicht bekannt. Es soll bei dem Treffen darum gegangen sein, so das Blatt, Russland zu einer Reduzierung seiner Kontakte mit dem Iran, unter anderem auch in Syrien, zu überreden.

Wie das Blatt unter Berufung auf US-Vertreter schreibt, nimmt das FBI das angebliche Seychellen-Treffen im Rahmen breiterer Ermittlungen zu der angeblichen russischen Einmischung in den US-Wahlkampf gründlich unter die Lupe. Der Geheimdienst soll einen Kommentar jedoch verweigert haben.

Die 1997 gegründete Firma Blackwater USA ist der Vorgänger des heutigen

Militärunternehmens Academi – des größten privaten US-amerikanischen Sicherheits- und Militärunternehmens. 2009 wurde Blackwater in Xe Services umbenannt, bis es 2011 zu Academi wurde. Prince verkaufte 2010 Xe Services an eine Investorengruppe und schied aus dem Unternehmen aus.

De.sputniknews.com: Nach Anschlag in St. Petersburg: Putin telefoniert mit Erdogan
Die Präsidenten Russlands und der Türkei, Wladimir Putin und Tayyip Erdogan, haben sich in einem Telefongespräch zum jüngsten Terroranschlag in der Petersburger U-Bahn geäußert und sich auf die Notwendigkeit eines gemeinsamen Kampfes gegen den Terrorismus geeinigt, berichtet der Pressedienst des Kremls.

„Der türkische Präsident drückte sein tief empfundenes Beileid im Zusammenhang mit dem Terroranschlag in der U-Bahn von St. Petersburg aus und bat darum, sein Mitgefühl an die Familien der Opfer und seine Genesungswünsche an die Verletzten zu übermitteln“, heißt es.

Die Gesprächspartner bekräftigten ihren Willen zur weiteren Entwicklung der beiderseitigen Zusammenarbeit beim Anti-Terror-Kampf.

Bei dem Telefonat ging es auch darum, die Waffenruhe in Syrien zu sichern und die Verhandlungen in Astana und Genf zu fördern.

Die Seiten behandelten außerdem aktuelle Fragen der russisch-türkischen Beziehungen im Hinblick auf die Vereinbarungen, die am 10. März in einer Sitzung des russisch-türkischen Kooperationsrates auf höchster Ebene erzielt worden waren.

De.sputniknews.com: Giftgas-Vorwürfe gegen Damaskus sind reine Propaganda – Militär-Quelle

Die syrische Armee besitzt laut einer Quelle in den Streitkräften keine chemischen Waffen. Die Meldungen über einen angeblichen Giftgasangriff im syrischen Idlib verfolgten rein propagandistische Zwecke.

„Die syrische Armee hat keinerlei C-Waffen und keine Schläge auf die syrische Stadt Chan Scheichun in der Provinz Idlib ausgeführt. Derartige Aussagen der Terrorgruppierungen entsprechen nicht der Wirklichkeit. Somit rechtfertigen sie deren große Verluste bei der jüngsten Offensive der syrischen Armee in der nördlichen Umgebung von Hama“, so die Quelle gegenüber RIA Novosti.

„Es ist nicht ausgeschlossen, dass sie selbst diese C-Waffen-Attacke ausgeführt und dabei das Ziel verfolgt haben, eine Propaganda-Aktion gegen die syrische Armee einzuleiten.“

Am Dienstag hatte die Nationale Koalition für syrische Oppositions- und Revolutionskräfte 80 Tote und 200 Verletzte bei einer Giftgas-Attacke in der syrischen Stadt Chan Scheichun in der nordwestlichen Provinz Idlib gemeldet und die syrischen Regierungstruppen dafür verantwortlich gemacht.

Wie der TV-Sender BBC News unter Verweis auf die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte in London mitteilte, sind nach der angeblichen C-Waffen-Attacke mindestens 18 Menschen ums Leben gekommen. Laut der Beobachtungsstelle wurde das Gas bei einem Luftangriff auf Chan Scheichun in der Provinz Idlib freigesetzt.

In Syrien dauert seit März 2011 ein bewaffneter Konflikt an, der laut Uno-Angaben bereits mehr als 220.000 Todesopfer gefordert hat. Den Regierungstruppen stehen bewaffnete oppositionelle, aber auch islamistische Terrorkämpfergruppierungen gegenüber.



<https://cdn.de1.img.sputniknews.com/images/31343/60/313436002.jpg>

Ukrinform: Aufsichtsrat von NSTU: EBU soll Souveränität der Ukraine respektieren.
Der Aufsichtsrat der Nationalen öffentlichen Fernseh- und Hörfunkgesellschaft der Ukraine (NSTU) hat auf einen Brief der Generaldirektorin der Europäischen Rundfunkunion (EBU), Ingrid Deltenre, an den ukrainischen Premierminister Wolodymyr Hrojsman mit einem Statement reagiert.

Eine direkte Drohung im Brief, das Nationale Fernsehen in der Zukunft vom ESC auszuschließen, wenn ein Einreiseverbot für die russische Sängerin, Yulia Samoylova, nicht aufgehoben wird, macht besonders auf sich aufmerksam, heißt es im Statement. Samoylova habe gegen ukrainische Gesetze und gegen die Souveränität des Landes verstoßen, indem sie die besetzte Krim ohne Erlaubnis der Ukraine besucht hätte. Kein anderes Land von den EBU-Mitgliedern, außer der Russischen Föderation, könne das bestreiten.

Der Aufsichtsrat teile die Ansicht der EBU, dass der diesjährige Eurovision Song Contest als Werkzeug in den derzeitigen Konflikt zwischen Russland und der Ukraine benutzt werde. Der Rat sei aber erstaunt, dass die Generaldirektorin „frustriert“ und „wütend“ über die Handlung der Ukraine und nicht von Russland sei. Das stehe im Gegensatz zu den Behauptungen von Ingrid Deltenre, dass der ESC nicht politisch sei. Frau Deltenre ergreife in dieser von der russischen Seite organisierten politischen Provokation praktisch Partei für Russland. Die Forderung, das von dem Sicherheitsdienst der Ukraine verhängte Einreiseverbot abzuschaffen, sowie die These über eine Koordinierung der Entscheidungen des Sicherheitsdienstes der Ukraine mit der EBU, können als eine Einmischung in die innere Angelegenheiten der Ukraine bewertet werden.

Der Nationale öffentliche Fernseh- und Hörfunkgesellschaft der Ukraine könne in dieser Situation weder Interesse der ukrainischen Gesellschaft noch des ukrainischen Staates, die ihre territoriale Integrität verteidigt, ignorieren.

Der Aufsichtsrat ruft in dem Statement Frau Deltenre und die EBU auf, die Souveränität der Ukraine zu respektieren, die EBU nicht in ein Werkzeug fremder politischer Manipulationen zu verwandeln und den diesjährigen ESC sowie zukünftige Wettbewerbe mit solchen Erklärungen nicht zu stören. Auch Drohungen über den Ausschluss der Ukraine aus dem ESC sollten vermieden werden.

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs des operativen Kommandos der DVR Eduard Basurin

Die Situation in der Donezker Volksrepublik bleibt angespannt

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte 51-mal das Regime der Feueinstellung verletzt.

In Verletzung der Minsker Vereinbarungen hat der Gegner 304 Mörsergranaten auf

Ortschaften unserer Republik abgeschossen.

Von den Positionen des 2. Bataillons der 30. mechanisierten Brigade wurden 58 Mörsergranaten auf **Dokutschajewsk** abgeschossen, wo drei Wohnhäuser auf der Thälmann-Straße und zwei fünfstöckige Häuser auf der Tschajkowskij- und der Lenin-Straße beschädigt wurden. Außerdem wurden 47 Mörsergranaten auf **Jasnoje** abgeschossen, wo eine Gasleitung und vier Wohnhäuser auf der Bogdan-Chmelniczki-, der Wawilow- und der Schtschorse-Straße beschädigt wurden.

Im Gebiet von **Nowolasp**a wurde Landwirtschaftstechnik, die zur Durchführung von Aussaatarbeiten auf die Felder fuhr, mit Mörsern beschossen.

Außerdem wurden 28 Mörsergranaten auf **Kominternowo** abgeschossen, wo der zivile Einwohner Erkin Machmudshanowitsch Ismanow, geb. 1974, wohnhaft in der Pobeda-Straße 34, starb. Weiter wurden 27 Mörsergranaten auf **Sachanka** und 42 auf den **Jasinowataja-Bezirk** abgeschossen.

In den letzten 24 Stunden schoss der Gegner die größte Zahl von Mörsergranaten, 102 Stück, auf das **Gebiet des Flughafens von Donezk**.

Außerdem wurde mit Schützenpanzer- und Schützenpanzerwagenwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

Nach Angaben unserer Aufklärung nutzt der Gegner das Regime der Feueinstellung unsererseits zur Verstärkung seiner Frontpositionen und zur Konzentration von Panzertechnik an der Kontaktlinie. Unter anderem wurde in den Gebieten von Sajzewo, Kirowo und Nowgorodskoje die Durchführung von technischen Arbeiten zur zusätzlichen Ausrüstung der eingenommenen Positionen und die Durchführung von Maßnahmen zur Tarnung von Panzertechnik festgestellt.

In Fortsetzung des Themas humanitärer Verbrechen der ukrainischen Streitkräfte möchte ich anmerken, dass mehr als eine halbe Million Menschen auf dem von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Territorium kein Wasser und keinen Strom haben. Ursache dieser Situation ist nach wie vor das Fehlen von Garantien von der ukrainischen Seite zur Sicherheit der Reparaturbrigaden bei der Wiederherstellung der Stromversorgung und der Funktionsfähigkeit der Donzeker Filterstation.

De.sputniknews.com: Putin zu Merkel und Hollande: Donbass-Blockade muss schnellstens beendet werden.

Der russische Präsident Wladimir Putin hat am Dienstag in einem Telefongespräch mit der deutschen Kanzlerin Angela Merkel und dem französischen Präsidenten Francois Hollande erneut auf die Notwendigkeit der schnellstmöglichen Aufhebung der Donbass-Blockade durch Kiew verwiesen, berichtet der Pressedienst des Kremls.

„Im Besonderen wurden die schwierige humanitäre Situation im Südosten der Ukraine behandelt. Wladimir Putin verwies erneut darauf, dass Kiew die Blockade der Region möglichst bald aufheben und unaufschiebbare Maßnahmen zur Lösung der sozialökonomischen Probleme der Bevölkerung des Donbass treffen muss, wie es der Minsker ‚Maßnahmenkomplex‘ vorsieht“, heißt es in der Mitteilung.

Laut dem Pressedienst wurden während des Gesprächs einige Fragen der Tätigkeit der OSZE-Beobachtermission in der Ukraine erörtert.

Ende Januar hatte eine Gruppe ehemaliger Teilnehmer an der Militäroperation im Donbass, darunter Abgeordnete der Obersten Rada (ukrainisches Parlament), aus Protest gegen die Handelsbeziehungen mit den „Volksrepubliken“ Donezk und Lugansk die Güterbahnstrecke auf dem von Kiew kontrollierten Territorium des Gebietes Lugansk blockiert. Später wurden auch zwei Bahnstrecken im Gebiet Donezk gesperrt.

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko verurteilte die Handlungen der Radikalen, die der ukrainischen Wirtschaft empfindlichen Schaden zugefügt haben. Trotz alledem hatte der ukrainische Sicherheits- und Verteidigungsrat am 15. März beschlossen, die Verkehrsverbindung mit der Region Donbass zu unterbrechen, und damit faktisch den Forderungen der Radikalen entsprochen.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31494/18/314941835.jpg>

Ukrinform: Poroschenko, Merkel und Hollande wollen Tagesordnung für Normadie-Treffen vorschlagen.

Die Präsidenten der Ukraine und Frankreichs, Petro Poroschenko und François Hollande, sowie die Bundeskanzlerin Angela Merkel haben telefonisch vereinbart, die Tagesordnung für ein Treffen im Normandie-Format vorzuschlagen.

Das Telefongespräch fand am Montag statt, teilte Poroschenko bei einer Pressekonferenz in Lettland mit. Auf dem Treffen sollte eine „Roadmap“ für die Umsetzung des Minsker Abkommens behandelt werden.

Poroschenko sagte weiter, dass die vereinbarte Waffenruhe zu Ostern in der Ostukraine von der russischen Seite nicht eingehalten werde. Am 1. und 2. April habe sich der Einsatz von Artillerie und Mörsern ein wenig verringert. Am Montag sei aber die Zahl der Feuerangriffe um das Dreifache gestiegen.

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR

Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die **Situation** im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR **hat eine Tendenz zur Verschärfung**, in den letzten 24 Stunden hat der Gegner zweimal das Regime der Feueinstellung verletzt. Insgesamt wurden 60 Artillerie-, Mörser- und andere Granaten auf das Territorium der Republik abgeschossen.

Von unserer Aufklärung wurden weitere Todesfälle von Soldaten der ukrainischen Streitkräfte durch den „berühmten“ ukrainischen Mörser „Molot“ festgestellt.

So starben am 2. April in der 72. Brigade drei Soldaten bei der Explosion eines Mörsers, fünf weitere wurden unterschiedlich schwer verletzt.

Ab dem heutigen Tag hat in den Einheiten die Vorbereitung zur Siegesparade am 9. Mai begonnen.

Soldaten der Volksmiliz der LVR leisten unseren verehrten Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges Unterstützung im Rahmen des Projekts „Siegesbanner“ in Form von Lebensmittelpaketen, Hilfe bei Arbeiten in Höfen und im Garten.

Ich rufe alle, denen das Schicksal unserer Veteranen nicht gleichgültig ist, auf, sich diesem Projekt anzuschließen.

In Verletzung der Minsker Vereinbarungen nutzen die ukrainischen Streitkräfte weiter Drohnen zur Aufklärung. Weitere Fälle von Verstößen wurden von uns in Wergulewka, Logwinowo, Alexandrowsk und Pionerskoje festgestellt.

Die ukrainischen Streitkräfte betrachten nach wie vor eine militärische Variante der Lösung des Konflikts im Donbass als grundlegend und dazu konzentrieren sie Militärtechnik und führen Maßnahmen zur technischen Ausrüstung von Positionen an der Kontaktlinie durch. Dabei kommt es wegen der mangelnden Ausbildung von Soldaten zu Vorfällen, die zu

Verletzungen des Personals führen. Unter anderem wurden während der Bewegung einer Schützenpanzerkolonne der 54. Brigade der ukrainischen Streitkräfte mehrere Soldaten verletzt, weil einer der Schützenpanzer umstürzte.

Die Volksmiliz hält das „Regime der Ruhe“, das am 1. April in Kraft getreten ist, genau ein und erwidert die Provokationen der ukrainischen Streitkräfte nicht. Gleichzeitig erhöhen die Einheiten der Verteidigungsbehörde weiterhin planmäßig das professionelle Niveau des Personals und die Fähigkeit zur Erfüllung der Aufgaben zum Schutz und zur Sicherheit der Republik.

In einem Bericht des Stabs der „ATO“ wird offiziell erklärt, dass die Kiewer Truppen angeblich in Erwiderung des Beschlusses von Seiten der LVR aus Richtung Krymskoje die Positionen der Volksmiliz beschossen haben.

Unsere Streitkräfte halten das „Regime der Ruhe“ ein, wie dies erklärt wurde, was das Gemeinsame Zentrum zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feueereinstellung bestätigt. Wir beschießen die ukrainischen Streitkräfte nicht, aber dass diese das Feuer auf uns eröffnen, bestätigt das Gemeinsame Zentrum zur Kontrolle und Koordination.

Ukrinform: Kämpfe im Donbass: Zwei Soldaten tot und fünf verletzt.

Bei Kämpfen in der Ostukraine sind in den vergangenen 24 Stunden zwei Soldaten getötet und fünf verletzt worden.

Das teilte am Dienstag der Sprecher des Verteidigungsministeriums der Ukraine für die Antiterror-Operation, Olexandr Motusjanyk, mit. Ein weiterer Soldat sei im Hauptmilitärspital seinen Verletzungen erlegen. Er sei am 2. März nahe Awdijiwka verwundet worden

De.sputniknews.com: Nach Petersburger Anschlag: Dresden trauert mit und lässt Kulturpalast beleuchten

Dresden setzt ein Zeichen: Nachdem Berlin auf die Beleuchtung des Brandenburger Tors als Zeichen der Solidarität mit St. Petersburg nach der U-Bahn-Attacke verzichtet hatte, will es als echte Partnerstadt laut seiner Pressestelle den Kulturpalast in den Russland-Farben anstrahlen lassen und somit sein Mitgefühl bekräftigen.

„Alle Anzeichen deuten auf einen feigen Anschlag hin, den ich auf das Schärfste verurteile und der mich fassungslos und traurig macht“, schrieb Oberbürgermeister Dirk Hilbert in einem Kondolenzschreiben an den Petersburger Gouverneur Georgij Poltawtschenko. Der Kulturpalast wird heute Abend von 20.00 bis 24.00 Uhr in den russischen Nationalfarben angeleuchtet, hieß es.

Nach der Attacke in der U-Bahn von St. Petersburg sollte das Brandenburger Tor am Montagabend nicht in den russischen Nationalfarben angestrahlt werden. Das sagte ein Senatssprecher. St. Petersburg sei keine Partnerstadt von Berlin, hieß es zur Begründung. Davon solle nur in Ausnahmefällen abgewichen werden.

Am Montagnachmittag hat sich in St. Petersburg eine Explosion in einem Metrowaggon im Tunnel zwischen den Stationen Sennaja Ploschtschad und Technologitscheskij Institut ereignet. Dabei kamen elf Menschen ums Leben, Dutzende weitere wurden verletzt.

Russlands Staatsanwaltschaft geht von einem Terroranschlag aus. Ermittlungen wurden eingeleitet.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31517/55/315175535.jpg>

Dan-news.info: Die Stromversorgung der Donezker Filterstation ist wieder in Funktion. Dies teilte heute ein Vertreter des kommunalen Unternehmens Woda Donbassa mit.

„Gerade eben wurde die Stromversorgung der DFS wieder in Betrieb genommen, den Energietechnikern ist es gelungen die beschädigte Leitung und die Unterstation zu reparieren“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Er merkte an, dass die Reparatur der Stromleitung dank der Anstrengungen der Offiziere des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feueereinstellung möglich wurde.

„Morgen werden wir eine Entminungsgruppe hierher bringen, dann das Personal der Station. Wir werden die DFS in Betrieb nehmen“, fügte der Vertreter des Unternehmens hinzu.

Wir erinnern daran, dass die Filterstation am 29. März in Folge des Beschusses von Seiten ukrainischer Einheiten vom Strom abgeschnitten wurde. Damals wurde auch eine Elektrounterstation beschädigt, die die DFS versorgt.

De.sputniknews.com: Selbstmordattentäter von eigenem Kopf verraten

Den Anschlag in der St. Petersburger U-Bahn hat nach jüngsten Angaben des russischen Ermittlungskomitees ein Einzelgänger verübt: der 22-jährige Akbarschon Dschalilow aus Kirgistan. Er soll es auch gewesen sein, der eine Tasche mit einem weiteren Sprengsatz in der Station „Ploschtschad Wosstanija“ hinterließ.

Der gebürtige Kirgise aus der kleinen Stadt Osch besaß dem Ermittlungskomitee zufolge die russische Staatsangehörigkeit und stand vermutlich in Verbindung mit der Terrormiliz

„Islamischer Staat“ (IS, auch Daesh).

Nach Expertenschätzungen explodierte die selbst gebastelte, mit Metallkugeln und Schraubenmuttern bestückte und als Feuerlöscher getarnte Bombe in unmittelbarer Nähe von Dschalilow. Zu dem Zeitpunkt der Explosion trug der Täter anscheinend den Rucksack, in dem sich die Bombe befand, selbst. Infolge dessen sei von dem mutmaßlichen Selbstmordattentäter nur noch der Kopf übriggeblieben.

Laut den Videoaufnahmen der Überwachungskameras, die die Ermittler ebenfalls untersuchten, hinterließ der gleiche Mann auch eine Tasche mit einem weiteren Sprengsatz auf der Station „Ploschtschad Wosstanija“. Dieser explodierte bekanntlich jedoch nicht.

Wie die russische Online-Zeitung „Gazeta.ru“ unter Berufung auf eine Quelle aus den Sicherheitskräften Kirgisiens berichtet, reiste Dschalilow Ende Februar nach Kirgisien. Doch anstatt wie gewohnt sofort nach St. Petersburg zurückzukehren, soll er erst nach Moskau geflogen sein. Die Sicherheitskräfte prüfen derzeit der Quelle zufolge, mit wem sich der Selbstmordattentäter in der russischen Hauptstadt getroffen haben könnte. Die Quelle habe nicht ausgeschlossen, dass sich die Drahtzieher des Anschlags momentan genau in Moskau

befänden. Es soll auch herausgefunden werden, wann sich Dschalilow radikalisierte und zu wem er in der letzten Zeit Kontakt pflegte.

Das russische Ermittlungskomitee prüft in enger Kooperation mit Ermittlern in Kirgistan zudem, ob jemand in Dschalilows Familie oder Bekanntenkreis dem Staatskomitee für die nationale Sicherheit Kirgistans bekannt sein und eine Verbindung zum Daesh haben könnte. Diese würden in Osch befragt, teilte das Staatskomitee mit. Gleichzeitig prüfen die Ermittler in St. Petersburg die Korrespondenz des Selbstmordattentäters in den sozialen Netzwerken und befragen dessen Bekannte. Nach Angaben der Zeitung „Kommersant“ könnte sich der Drahtzieher des Anschlags derzeit in Syrien aufhalten, auch Komplizen in St. Petersburg selbst seien jedoch nicht auszuschließen.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31517/61/315176135.jpg>

Dan-news.info: „Heute um 16:10 Uhr haben Kiewer Truppen aus Richtung Krymskoje das Feuer mit Granatwerfern und Schusswaffen auf die Umgebung von **Shelobok** eröffnet“, teilte der offizielle Vertreter der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant Andrej Marotschko mit.

„In Folge des Beschusses wurden keine Opfer und Zerstörungen der Infrastruktur festgestellt“, sagte der Vertreter der Verteidigungsbehörde der Republik.

De.sputniknews.com: Russland oder nicht? Deutscher Verlag zu Krim-Zugehörigkeit
Der Telc-Verlag hat in einem Deutsch-Buch eine politische Weltkarte abgedruckt, auf der die Halbinsel Krim eindeutig Russland zugeordnet wird. Die Abbildung sei ein Fehler, heißt es nun in einer Mitteilung des Verlags.

Derzeit bekomme das Verlagshaus eine Vielzahl an Anfragen bezüglich einer farbigen Weltkarte, die in dem Lehrbuch „Einfach gut!“ veröffentlicht worden sei. Es handle sich um ein Foto, das der Verlag von der Bilderagentur „Fotolia“ erworben habe, heißt es in der Mitteilung. „Verschiedene Länder und Regionen sind darauf in einer Farbe dargestellt. Wir erklären ausdrücklich, dass wir auf diese Weise keine politischen Erklärungen in Bezug auf die Zugehörigkeit dieser Länder und Regionen gemacht haben“, so der Verlag.

Das besagte Lehrbuch richtet sich an Ausländer, die in die Bundesrepublik eingewandert sind. Der Telc-Verlag arbeitet im Auftrag des deutschen Innenministeriums und entwirft unter anderem auch die Deutsch-Tests für Migranten.

Die Halbinsel Krim ist im März 2014 infolge eines Volksentscheids in das russische Staatsgebiet aufgenommen worden. Die Ukraine und der Westen erkennen die Volksabstimmung nicht an und betrachten die Krim als annektiertes Gebiet. Moskau besteht darauf, dass der Wieder-Anschluss der Halbinsel an Russland völkerrechtlichen Standards entspricht.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31512/78/315127817.png>

De.sputniknews.com: Zum Gedenken an Opfer in St. Petersburg: Madrid hisst russische Flagge

Am Balkon des spanischen Regierungssitzes auf dem Platz Puerta del sol in Madrid ist am Dienstag eine russische Flagge zum Gedenken an die Opfer der jüngsten Explosion in der St. Petersburger U-Bahn aufgehängt worden. Dies teilte eine Regierungsquelle gegenüber RIA Novosti mit.

Die spanischen Behörden zeigen damit ihre Solidarität mit jenen Staaten, wo sich grausame Terrorattacken ereignet hatten. So wurden am Balkon der Madrider Stadtverwaltung bereits die Flaggen Belgiens, Frankreichs, Deutschlands und der USA gehisst.

Zudem sollen die Bewohner der spanischen Hauptstadt bereits zahlreiche Blumen zur russischen Botschaft gebracht haben, heißt es.

Nach dem jüngsten Anschlag in St. Petersburg hatte Spaniens König Felipe VI. bei einem Telefonat mit Russlands Präsident Wladimir Putin sein tiefempfundenes Beileid ausgedrückt. Auch Spaniens Premier Mariano Rajoy äußerte seine Anteilnahme.

„Ich verurteile den Anschlag in St. Petersburg, den die russische Bevölkerung überlebt hat. Ich möchte den Familien der Toten mein Beileid ausdrücken und den Verletzten baldige Genesung wünschen“, schrieb Rajoy auf Twitter.

Auch Außenminister Alfonso Dastis und Innenminister Jean Ignacio Soido brachten auf Twitter den Bewohnern St. Petersburgs ihre Solidarität zum Ausdruck.

Abends:

av-zakharchenko.su: Das Staatsoberhaupt hat am 4. April an der Arbeit einer außerordentlichen Sitzung der größten Fraktion des Volkssowjets der DVR „Donezkaja Respublika“ teilgenommen.

Die Sitzung begann mit einer Schweigeminute für die Toten des Terroranschlags in der U-Bahn von Sankt Petersburg.

Die Hauptfrage der Tagesordnung war die Arbeit der Abgeordneten der Fraktion mit Anfragen von Bürgern.

Das Oberhaupt der DVR merkte nach dem Rechenschaftsbericht der Abgeordneten über die getane Arbeit an, dass man sich bessere Ergebnisse wünschen könnte. „Keine einzige der Anfragen an die Abgeordneten darf ohne Antwort und Lösung des Problems bleiben. Denken Sie daran, Sie sind Vertreter des Volks, eine Volksmacht, unsere hauptsächliche Verpflichtung ist es, alle Hoffnungen und Bestrebungen des Volkes zu hören und zu erfahren“, sagte er.

Alexandr Sachartschenko lenkte die Aufmerksamkeit auch auf die persönlichen

Sprechstunden für die Bürger: „Ich verstehe, dass es unter den Abgeordneten viele Soldaten gibt und dass die Erfüllung der Pflicht zur Verteidigung unseres Landes Ihnen nicht die Möglichkeit gibt, die Arbeit mit der Bevölkerung im vollem Umfang zu leisten. Aber die Einwohner der Kreise, denen Sie zugeordnet sind, dürfen nicht ohne die notwendige Aufmerksamkeit bleiben. Wenn der Abgeordnete die Sprechstunde nicht durchführen kann, müssen die Assistenten, die alle vom Volk Gewählten haben, arbeiten“, sagte Alexandr Sachartschenko.

Im Ergebnis der Sitzung beauftragte das Oberhaupt den Leiter der Fraktion Alexandr Kostenko, die Kontrolle über alle Bereiche der Arbeit mit der Bevölkerung zu verstärken.

De.sputniknews.com: Moskau: NATO-Handlungen in Osteuropa richten sich nicht auf Verteidigung

Russlands Außenministerium hat Erklärungen der NATO als falsch dementiert, wonach Handlungen der Allianz in Osteuropa und im Baltikum auf die Verteidigung gerichtet sind. „Das entspricht nicht der Wirklichkeit“, betonte das Außenamt am Dienstag in Moskau. „Wir wurden auf ein in der Zeitung ‚Kommersant‘ am 3. April abgedruckten Interview von NATO-Vizechefin Rose Gottemoeller aufmerksam. ‚Die NATO hatte keine Pläne zur Verstärkung östlicher Flanken vor den Ereignissen in der Ukraine‘, lautete die Überschrift. Mit derartigen Behauptungen setzt sich die ranghohe Vertreterin der Allianz im Grunde genommen über die Tatsache einer stürmischen Osterweiterung der NATO unmittelbar nach dem Zerfall der Sowjetunion, also noch lange vor dem Staatsstreich in Kiew, hinweg“, hieß es in einer Erklärung des russischen Außenamtes.

Auf diese Weise entstelle Gottemoeller das wahre Geschehen in unmittelbarer Nähe zu den Grenzen Russlands. Sie behaupte unter anderem, dass alle Anstrengungen der NATO in Osteuropa und im Baltikum niemanden bedrohten, angemessen sowie ausschließlich auf die Verteidigung gerichtet seien. „Das stimmt aber nicht“, betonte das russische Außenministerium.



<https://cdn.de1.img.sputniknews.com/images/31299/56/312995658.jpg>